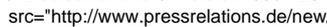




HAPPACH-KASAN: Landwirtschaft bei Budgetverhandlungen nicht einseitig benachteiligen

HAPPACH-KASAN: Landwirtschaft bei Budgetverhandlungen nicht einseitig benachteiligen
Zu den Verhandlungen im europäischen Rat über EU-Budget für die kommende Haushaltsperiode und die Auswirkungen auf die gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) erklärt die agrarpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Christel HAPPACH-KASAN: Die Agrarpolitiker der FDP-Bundestagsfraktion unterstützen die Haltung der Bundesregierung, den Umfang des mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union bei einem Prozent des Bruttonationaleinkommens zu deckeln. Angesichts ihrer vielfältigen Leistungen und ihrer Bedeutung für den ländlichen Raum darf die Landwirtschaft aber nicht als Steinbruch verwendet werden. Gravierende finanzielle Einbußen in kürzester Zeit wären für die meisten Landwirte nicht zu meistern. Es ist Ziel liberaler Agrarpolitik, dass die Landwirte sich auf lange Sicht frei am Markt behaupten und langfristig auf Direktzahlungen verzichten können. Europaweit brauchen wir die Entkoppelung der Direktzahlungen wie sie Deutschland bereits erfolgreich umgesetzt hat. Die jetzige Reform darf keine Rolle rückwärts sein, die die Fortschritte bei der Zuwendung zum Markt zurückdreht und eine staatliche Vorratshaltung und Marktregulierungen wieder einführt. Aufgrund der berechtigten Anpassung zugunsten der osteuropäischen und baltischen Staaten wird die Höhe der Direktzahlungen in Deutschland sinken. Darüber hinaus lassen die Planungen der Kommission weitere Einbußen und einen deutlich höheren Bürokratieaufwand befürchten. Die FDP lehnt die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Kappung und Degression ab, da sie ostdeutsche Betriebe überproportional belasten. Leider hat der Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes einen Weg zurück zu Dirigismus und Marktregulierung beschlossen. Was wir brauchen, ist mehr unternehmerische Freiheit, mehr Wettbewerb und mehr Flexibilität für unsere Landwirte. Deshalb sind die Kommissionsvorschläge zum sogenannten Greening aus liberaler Sicht inakzeptabel. Es ist gut, dass das Europäische Parlament bereits eine Entschärfung beschlossen hat. Es müssen existierende Maßnahmen deutscher Landwirte wie extensives Grünland und Landschaftspflegemaßnahmen einbezogen werden können. Dazu gehört auch die Anlage von Kurzumtriebsplantagen. Eine Flächenstilllegung durch die Hintertür können und dürfen wir uns nicht leisten. Eine stärkere ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft darf nicht zu mehr Bürokratie führen.
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>


Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.